



www.goetzpeter.de

Bericht aus Berlin

16 / 2012

Viel Freude bei der Lektüre meines aktuellen Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

Peter Götz

Aus dem Bundestag

Jung und Alt werden entlastet

Mit der Verabschiedung des Beitragssatzgesetzes 2013 haben wir in dieser Sitzungswoche eine wichtige Entscheidung getroffen, die bei einer Vielzahl von Bürgern zu einer Entlastung führen wird. Zentrales Element ist die Absenkung des Rentenbeitragssatzes von 19,6 auf 18,9 Prozent des Bruttolohns ab dem 1. Januar 2013. Davon profitieren nicht nur die Beitragszahler, sondern auch diejenigen, die heute schon eine Rente erhalten. Das Gesetz schafft damit ein echtes Stück Generationengerechtigkeit. Es ist in Deutschland gesetzlich geregelt, dass die Rentenbeiträge sinken müssen, wenn die Rücklagen in der Rentenkasse 1,5 Monatsausgaben überschreiten. Dieser Punkt wurde zuletzt deutlich überschritten: Aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung betragen die Rücklagen in der Rentenkasse derzeit 27 Milliarden Euro. Dass wir heute in der Position sind, die Beitragssätze bei der Rentenversicherung senken zu können, ist ein Erfolg unserer soliden Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Die Rentenkasse ist aber keine Sparkasse. Für uns ist es wichtig, dass die Menschen in Deutschland von der positiven Wirtschaftslage profitieren. Mit der nun beschlossenen Senkung der Rentenbeiträge bleibt den Bürgern mehr Netto vom Brutto. Sie können so am Aufschwung teilhaben. Es sind jedoch nicht nur die Beitragszahler die vom Aufschwung profitieren. Auch die etwa 20 Millionen Rentner in Deutschland profitieren von der Senkung des Beitragssatzes. Denn die Rentenformel hat den Effekt, dass sich Senkungen des Rentenbeitrages positiv auf die Rentenanpassung auswirken.

Die Senkung des Rentenbeitragssatzes entlastet damit Jung und Alt. Neben Beitragszahlern und Rentnern profitieren auch die Unternehmen, weil die Lohnnebenkosten sinken. So können wiederum neue Arbeitsplätze entstehen.

Stärkung des Ehrenamts

Es ist seit jeher ein Herzensanliegen der CDU/CSU das Ehrenamt zu fördern. Bürgerschaftliches Engagement ist einer der Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Millionen Deutsche setzen sich in Kirchen, Sportvereinen, sozialen Einrichtungen, Parteien oder Initiativen ein. Viele Bereiche des öffentlichen und sozialen Lebens wären ohne die ehrenamtlich Tätigen nicht denkbar. Wer besondere Verantwortung übernimmt, fördert das Gemeinwesen. Dies verdient Anerkennung und Unterstützung von Seiten der Politik. Ziel der Union ist es daher, die Anreize für das bürgerschaftliche Engagement zu stärken und bürokratische Hindernisse abzubauen. Daher hat eine Arbeitsgruppe der Finanz-, Sport- und Rechtspolitiker der Koalitionsfraktionen ein entsprechendes Gesetz auf den Weg gebracht, welches am Mittwoch im Bundeskabinett beschlossen wurde. Es umfasst Maßnahmen aus unterschiedlichen Bereichen, die ehrenamtlich tätige Bürger berühren: vom Steuerrecht bis hin zum Zivilrecht.

Weitere Informationen:
www.goetzpeter.de
www.cducusu.de

Parlamentsdeutsch...

Wahlperiode

Die Wahlperiode, auch Legislaturperiode genannt, dauert in der Regel vier Jahre. Sie beginnt mit der Konstituierung des neuen Bundestages, der spätestens am 30. Tag nach der Bundestagswahl zusammenkommen muss. Mit dem Zusammentritt des neuen Bundestages endet die Wahlperiode des vorangegangenen Bundestages. Neuwahlen finden frühestens 46, spätestens 48 Monate nach Beginn der Wahlperiode statt. Eine Ausnahme gibt es, wenn der Bundestag aufgelöst wird. Dann muss innerhalb von 60 Tagen gewählt werden. Nach dem Bundeswahlgesetz bestimmt der Bundespräsident den Tag der Bundestagswahl. Er folgt dabei der Empfehlung der Bundesregierung.

Nachrichten

Kommunen verbessern ihre Finanzsituation deutlich

In dieser Woche erklärte Peter Götz, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zur Veröffentlichung des Gemeindefinanzberichts 2012 des Deutschen Städtetags: „Fast alle Kommunen konnten ihre Finanzsituation weiter verbessern. Die Städte, Gemeinden und Landkreise profitieren auch in diesem Jahr von der kommunalfreundlichen Politik der Bundesregierung. Sie rechnen im Jahr 2012 mit einem Überschuss von 2,3 Milliarden Euro. Mit der bereits eingeleiteten schrittweisen Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter (SGB II) sowie der Kosten für Bildung und Teilhabe nach SGB II durch den Bund ist das auch das Verdienst unionsgeführter Politik. Profitieren werden davon besonders die Kommunen, die unter drängenden Finanzproblemen leiden. Verantwortlich für die Gesundung der Kommunalfinanzen ist aber letztlich die auf Wachstum ausgerichtete Politik der Bundesregierung. So sind die kommunalen Einnahmen im Jahr 2011 insbesondere aufgrund von Zuwächsen bei der Gewerbesteuer um knapp fünf Prozent auf 183,6 Milliarden Euro gestiegen. 2012 ist demnach ein weiterer Anstieg auf 189,7 Milliarden Euro zu erwarten. Auch die Einkommensteueranteile der Kommunen steigen spürbar. Völlig zu Recht verweist der Städtetag auch auf die besondere Verantwortung der Länder. Sie sind gegenüber den Kommunen finanziell verantwortlich. Trotz eindeutiger Rechtslage müssten die Kommunen zur Durchsetzung ihrer Ansprüche immer wieder auf die Hilfe der Landesverfassungsgerichte zurückgreifen. Die Kommunalfinanzen zeigen nach wie vor enorme regionale Unterschiede auf. In manchen Bundesländern geht die Schere zwischen armen und reichen Kommunen immer weiter auseinander. Die Ursachen liegen oft in der Gesetzgebung der Länder begründet. So erklärte zum Beispiel der Verfassungsgerichtshof in Rheinland-Pfalz die dortigen Vorschriften über den kommunalen Finanzausgleich für nicht verfassungsgemäß. Jetzt muss das SPD-geführte Land seine Politik endlich zugunsten der Kommunen ändern.“

Markgraf-Ludwig Gymnasium im Reichstag



Schülerinnen und Schüler des Markgraf-Ludwig-Gymnasiums Baden-Baden machten im Rahmen ihrer Studienreise auch Station im Berliner Reichstag. Nach einem sachkundigen Vortrag auf der Besuchertribüne im Plenarsaal, trafen sie Peter Götz zu einer Diskussionsrunde. Anschließend nahmen sie die Sitzungssäle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf der Fraktionsebene in Augenschein. Bei der mehrtägigen Exkursion erlebten die Schülerinnen und Schüler die Stadt in ihrer Vielfalt. Sie erkundeten Berlin u.a. zu Fuß und per Fahrrad. Außerdem besuchten sie die ehemalige Stasi-Zentrale, die heute Museum und Gedenkstätte ist, und auch die Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße.



Die AG Kommunalpolitik diskutierte diese Woche das Forschungsgutachten: „Das erfolgreiche kommunale Krankenhaus.“ Zu Gast waren Bernhard Ziegler, Vorsitzender des Interessenverbandes kommunaler Krankenhäuser e.V., Dr. Karl Blum, Leiter des Forschungsbereichs des Deutschen Krankenhaus Instituts sowie Lothar Riebsamen MdB. Das Forschungsgutachten finden Sie unter: <http://www.unserkrankenhaus.de/download/DaerfolgreichekommunaleKrankenhaus.pdf>

Feuerwehr Gaggenau-Hörden bei Peter Götz



Einige interessante Daten und Fakten...

Sozialversicherung weiter mit Überschuss

Vor allem durch die wachsende Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter verzeichnete die Sozialversicherung im ersten Halbjahr 2012 einen kassenmäßigen Finanzierungsüberschuss von 4,9 Milliarden Euro. Die Einnahmen der Sozialversicherung stiegen im ersten Halbjahr 2012 um 1,6% auf 262 Milliarden Euro. Die Ausgaben nahmen dagegen nur um 1,3% auf 157,1 Milliarden Euro zu. Die Einnahmen der Rentenversicherung erhöhten sich im ersten Halbjahr 2012 um 2,0% auf 126,6 Milliarden Euro, während die Ausgaben nur um 1,2% auf 125,6 Milliarden Euro anwuchsen. Somit ergab sich für das erste Halbjahr 2012 ein Finanzierungsüberschuss von 1 Milliarde Euro. Zum Vergleich: Im entsprechenden Vorjahreszeitraum glichen sich die Einnahmen und Ausgaben der Rentenversicherung nahezu aus. Umgekehrt verlief die Entwicklung bei der Gesetzlichen Krankenversicherung. Dort stiegen die Einnahmen im ersten Halbjahr 2012 um 2,3% auf 94,9 Milliarden Euro, während sich die Ausgaben um 3,2% auf 92,6 Milliarden Euro erhöhten. Gleichwohl verblieb immer noch ein Finanzierungsüberschuss von 2,2 Milliarden Euro (erstes Halbjahr 2011: 2,9 Milliarden Euro). Die Einnahmen der Bundesagentur für Arbeit entwickelten sich im Vorjahresvergleich rückläufig. Dies begründet sich in der guten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und der positiven Finanzentwicklung, in deren Folge die Bundesagentur für Arbeit deutlich weniger Mittel abrief. Die Einnahmen sanken um 5,4% auf 18 Milliarden Euro. Da aber auch die Ausgaben um 8,8% auf 16,3 Milliarden Euro zurückgingen, wies die Bundesagentur für Arbeit im ersten Halbjahr 2012 einen Finanzierungsüberschuss in Höhe von 18 Milliarden Euro aus. Im ersten Halbjahr 2011 hatte der Finanzierungsüberschuss 1,2 Milliarden Euro betragen. Die Einnahmen der Sozialen Pflegeversicherung stiegen im ersten Halbjahr 2012 um 3,5% auf 11,2 Milliarden Euro. Dem stand ein Anstieg der Ausgaben um 4,6% auf 11,4 Milliarden Euro gegenüber. Lediglich in der sozialen Pflegeversicherung gab es folglich ein Finanzierungsdefizit von 0,1 Milliarden Euro.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Immer weniger Kinder im Hartz-IV-Bezug

Das Risiko von Kleinkindern, durch Sozialtransfers vor Armut bewahrt werden zu müssen, ist nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung erneut gesunken. Lebten 2010 bundesweit noch 19,8 Prozent der Jungen und Mädchen in Familien mit Hartz-IV-Bezug, so waren es 2011 nur noch 18,2 Prozent. Die Studie weist nach, dass diese Quote damit seit 2008 das dritte Jahr in Folge sank – im Ausgangsjahr 2008 gehörten noch 21,2 Prozent der Kinder unter drei Jahren zu Familien mit Hartz-IV-Bezug. Die Studie ergab weiterhin eine deutliche schlechtere Quote bei den in Städten lebenden Kindern. In den meisten Städten mit mehr als 200.000 Einwohnern liege die Betroffenheitsquote um mehr als ein Drittel höher als im Landesdurchschnitt. Auch zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen noch Unterschiede. Grundsätzlich aber ist in allen Ländern eine eindeutige Verbesserung der Lage zu verzeichnen.

(Quelle: Bertelsmann-Stiftung)